

spotlight europe

2014/02 — Mai 2014

Im Netz der Populisten

Isabell Hoffmann

Bertelsmann Stiftung, Isabell.Hoffmann@bertelsmann-stiftung.de

73 Prozent der Bevölkerung der Europäischen Union nutzten 2013 das Internet. Tendenz steigend. Kurz vor der Europawahl wollten wir daher wissen: Wie präsent und aktiv sind die antieuropäischen Populisten im Internet? Resultat: Die Anti-Europäer sind isoliert und zersplittert. Es gibt aber eine lebendige pro-europäische Netzöffentlichkeit. Nur zivilgesellschaftliche Initiativen brauchen noch mehr Unterstützung.

spotlight europe # 2014/02

Da sich immer mehr Menschen von traditionellen Wahlmustern lösen und sich kurzfristig entschließen, welcher Partei sie ihre Stimme bei der Europawahl 2014 geben, gewinnen zwei Faktoren an Bedeutung: Der Endspurt der Kandidaten und der Ort, an dem er stattfindet. Dabei wird das Internet als Informationsquelle immer wichtiger. Wenn man davon ausgeht, dass populistische Parteien und Bewegungen weniger Zugang zu den klassischen Medien haben, könnte man annehmen, dass sie aktiver das Internet nutzen, um ihre Botschaft zu verbreiten. Ist das der Fall? Und eint sie das gemeinsame Feindbild vielleicht so sehr, dass sie sich verbünden? In ihren Ländern und über Landesgrenzen hinweg? Welche Rolle nehmen sie in ihren „nationalen“ Online-Debatten ein? Sind sie dort - im Gegensatz zu den klassischen Medien - zentrale Akteure? Und deshalb Meinungsführer?

Um diese Fragen zu beantworten haben wir eine Art Kernspintomographie des Internets erstellen lassen. Diese Karten zeigen uns, was normalerweise nicht sichtbar ist, nämlich den Teil des Internets, der populistische und antieuropäische Inhalte verbreitet und die Dynamik des Austauschs zwischen den einzelnen Seiten, Blogs, Foren etc. Indem wir ihre Verknüpfungen und Interaktionen gemessen und visualisiert haben, können wir uns ein Bild machen, wer mit wem spricht, wer die Debatte treibt, wo sie stattfindet und wie isoliert oder integriert die Akteure sind. Wir haben die Netzwerke deutscher, französischer, britischer, niederländischer, italienischer und polnischer Anti-Europäer analysiert. Und um Vergleichsdaten zu haben, haben wir für Deutschland und Frankreich auch das Netzwerk der Pro-Europäer gescannt.

Beim Betrachten der Karten ist es wichtig daran zu denken, dass es hier nicht um links oder rechts, Nord oder Süd geht. Vielmehr ist der Begriff der Zentralität relevant. Je zentraler ein Netzwerk liegt, desto vernetzter und aktiver ist es, desto einflussreicher ist es.

Zu Beginn unserer Suche haben wir 20 Webseiten pro Land identifiziert, die populistische, antieuropäische Inhalte verbreiten. Dabei waren für uns drei Kriterien entscheidend: Einstellung zur Europäischen Union, Einstellung zum Euro, Einstellung zu Schengen.

Von diesen Start-Seiten ausgehend haben wir, ihren Verknüpfungen und Verbindungen folgend, das Netz der europapolitischen Seiten erfasst. Insgesamt haben wir 1.638 Internetseiten gefunden, 988 davon euroskeptisch. Sie verteilen sich auf alle der sechs untersuchten Länder. Die verbleibenden 650 Seiten, die integrationsfreundlich sind, befinden sich nur im deutschen und französischen Netz. Denn nur für Deutschland und Frankreich haben wir auch das Netz der Pro-Europäer erhoben.

Ein Wort noch zur Terminologie: Wer über das Thema schreibt, kommt schnell in ein Abgrenzungs-Dilemma. Zwischen antieuropäisch, europa-feindlich, europa-skeptisch, europakritisch immer feinsinnig zu unterscheiden, ist mühsam, leserunfreundlich und in unserem Zusammenhang wenig zielführend. Entscheidend für uns ist, ob ein Diskurs konstruktiv oder destruktiv geführt wird. Wer innerhalb der Gemeinschaft um den richtigen Weg ringt, ist konstruktiv. Wer Nein zum Euro, Nein zu Schengen und/oder Nein zur Union sagt, ist es nicht.

Wesentliche Ergebnisse

» Trotz öffentlich verkündeter Kooperationsabsichten, gibt es kaum Verbindungen zwischen den antieuropäischen Bewegungen der untersuchten Länder.

» Auch in den Nationalstaaten bleiben die antieuropäischen Parteien letztlich unter sich. Zwar bilden sie eigene Netzwerke; die sind aber weitgehend isoliert. Große Ausnahme ist die

United Kingdom Independence Party (UKIP) in Großbritannien.

» In Frankreich ist der *Front National (FN)* der gewichtigste antieuropäische Akteur. Im Gegensatz zu anderen Ländern gibt es aber auffallend viele Personen des öffentlichen Lebens, die antieuropäische Positionen vertreten. Sie haben sowohl online als auch offline eine hohe Sichtbarkeit, würden sich aber niemals auf den *FN* beziehen und haben auch sonst keine politische Nähe zu der Partei.

» In Deutschland ist das europapolitische (pro und contra) Netz weniger dicht als in den Vergleichsstaaten. Allerdings ist es stärker als alle anderen Netze mit denen seiner europäischen Nachbarn verbunden. Dadurch ist es in der europäischen Debatte zentral. Die Pro-Europäer dominieren deutlich. Die Anti-Europäer sind schwach und isoliert. Nur die *Alternative für Deutschland (AfD)* steht den Online-Medien erstaunlich nah.

» In den Niederlanden werden integrationsfeindliche Positionen nur von Parteien ventiliert. Die Zivilgesellschaft tritt nicht in Erscheinung. Auch Online-Medien fehlen.

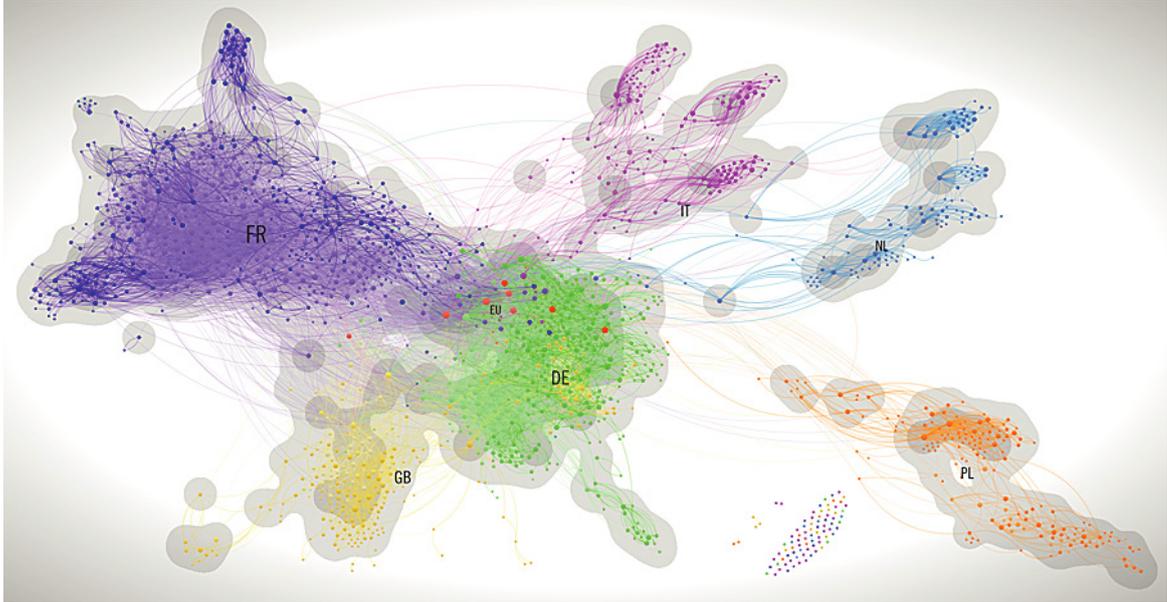
» Das italienische Netz ist ausgesprochen zersplittert. Beppe Grillo und seine Fünf-Sterne-Bewegung bilden das größte Netzwerk – allein 1,44 Millionen Menschen verfolgen Beppe Grillos Kommentierung über Twitter. Es bestehen aber keinerlei Verbindungen zu anderen politischen Akteuren.

» Der aktivste antieuropäische Akteur im polnischen Internet ist *Nowa Prawaica (NP)*, der Kongress der neuen Rechten. Die *NP* steuert auf einen Überraschungserfolg bei diesen Wahlen zu. Auffallend sind die engen Verbindungen zur rechtsradikalen Partei *Ruch Narodowy*.

» Im Gegensatz zu den Anti-Europäern haben die Pro-Europäer einen länderübergreifenden Debattenraum. Es gibt eine paneuropäische Netzöffentlichkeit. Allerdings ist auch das europapolitische Netz von Parteien und Institutionen dominiert. Die Zivilgesellschaft bleibt schwach.

1.638 europapolitische Internetseiten

In Deutschland und Frankreich mit pro- und antieuropäischen Inhalten;
in Großbritannien, den Niederlanden, Italien und Polen mit antieuropäischen Inhalten



Quelle: linkfluence

© Bertelsmann Stiftung

Europäische Netzwerke

Die Netzöffentlichkeit Europas ist ebenso nach Sprach- und Landesgrenzen fragmentiert wie die traditionelle. Das gilt vor allem für die Netzwerke der populistischen Parteien. Deren prominente Führungsfiguren haben sich zwar in den vergangenen Monaten in den Medien gehalten mit Reisen, Treffen und Kooperationsabsichten, unsere Karten aber zeigen, dass es keinerlei Austausch, keine Verbindungen zwischen diesen Parteien gibt (siehe Grafik oben). Zwar haben wir insgesamt 988 europaskeptische Internetseiten in den untersuchten Ländern identifizieren können, aber unter diesen 988 konnten wir nur vier Verknüpfungen finden. Die italienische Aktivisten-Seite *bastaeuro.it* bezieht sich einmal auf den französischen *Front National*, einmal auf die niederländische Partei der Freiheit. Und die britische *UKIP* wird zweimal auf französischen Debattenseiten zitiert (*La lettre volée* und *Decapt'actu*: Erstes ist ein Blog, zweites eine Nachrichtenseite). Es gibt also kein paneuropäisches Netzwerk der antieuropäischen Populisten in Internet, es gibt keine zentrale Austauschstelle oder Ideenwerkstatt. Überraschender vielleicht noch ist

festzustellen, wie isoliert die Bewegungen nicht nur auf der europäischen Bühne, sondern auch in ihren nationalen Räumen sind. Selbst Parteien wie der französische *Front National*, die schon lange bestehen und deren Vertreter sich in ihren Ländern zu Meinungsführern der Europaphobie aufgeschwungen haben, finden kaum Anerkennung durch Verknüpfung. Es mag richtig sein, dass 23 Prozent der französischen Jugendlichen sich mittlerweile vorstellen könnten, *FN* zu wählen, und dass Marine Le Pen Stammgast in Radio- und Fernsehsendungen ist, das heißt aber keineswegs, dass sich auf den politischen Internetseiten Frankreichs auf sie bezogen wird, dass sie die Online-Debatte anführt oder dass die Seiten ihrer Partei oder die ihrer Vertreter und Sympathisanten verknüpft werden.

Das Netz der Pro-Europäer ist nicht nur numerisch stärker (658 versus 251 Seiten in Frankreich und Deutschland zusammen). Es ist auch stark miteinander verknüpft. Das zeigt, dass nicht nur Verbindungen bestehen, sondern auch der Austausch zwischen den Pro-Europäern funktioniert. Sie formen ein europaweites Netzwerk, in dem Ideen, Meinungen, Konzepte und

988 Internetseiten mit antieuropäischen Inhalten

In Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden und Polen



Quelle: linkfluence

© Bertelsmann Stiftung

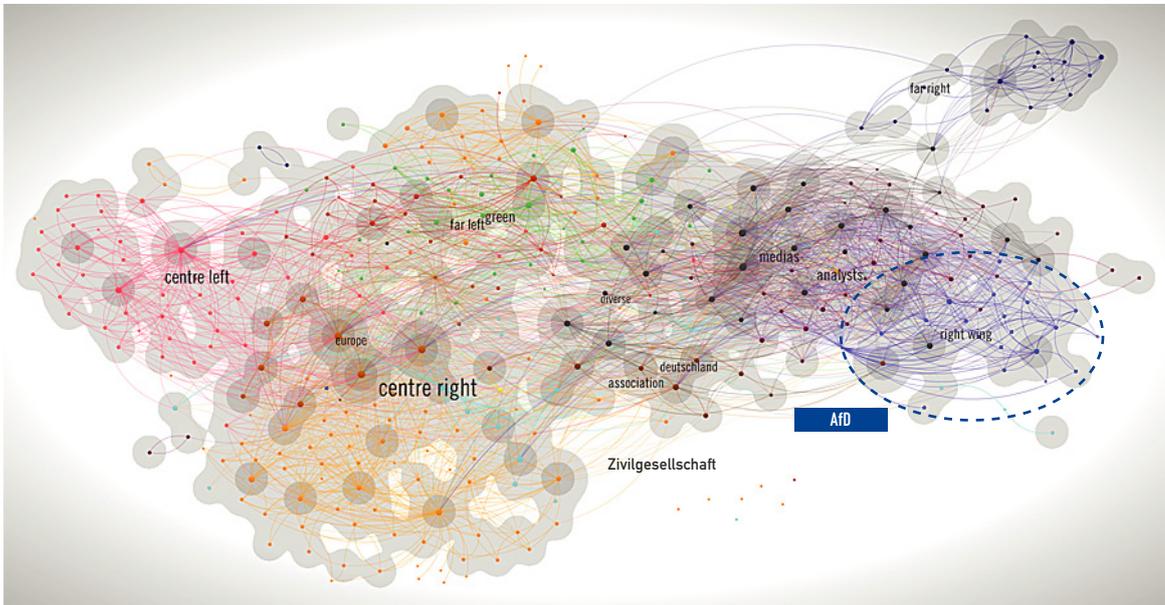
Informationen gehandelt werden und damit bilden sie für sich auch gemeinsame Weltanschauungen, selbst wenn diese sich entlang traditioneller Konfliktlinien organisieren. Die Karten zeigen sehr deutlich, dass es eine lebendige europäische Netzöffentlichkeit gibt. Dies ist ein entscheidender Faktor. Nicht nur für jene, die sich schon in diesem Netzwerk bewegen, sondern auch für jene, die sich im Internet über europäische Politik informieren

wollen. Grad der Verknüpfung und Höhe des Austauschs beeinflussen nämlich wesentlich die Relevanz, die ihnen Suchmaschinen zuteilen und steigert damit signifikant Sichtbarkeit und Erreichbarkeit der Seiten.

Geradezu dramatisch allerdings ist die Abwesenheit der Zivilgesellschaft. Parteien und Institutionen dominieren das Netz. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Deutschland

349 Internetseiten mit pro- und antieuropäischen Inhalten



Quelle: linkfluence

© Bertelsmann Stiftung

Nationale Netzwerke

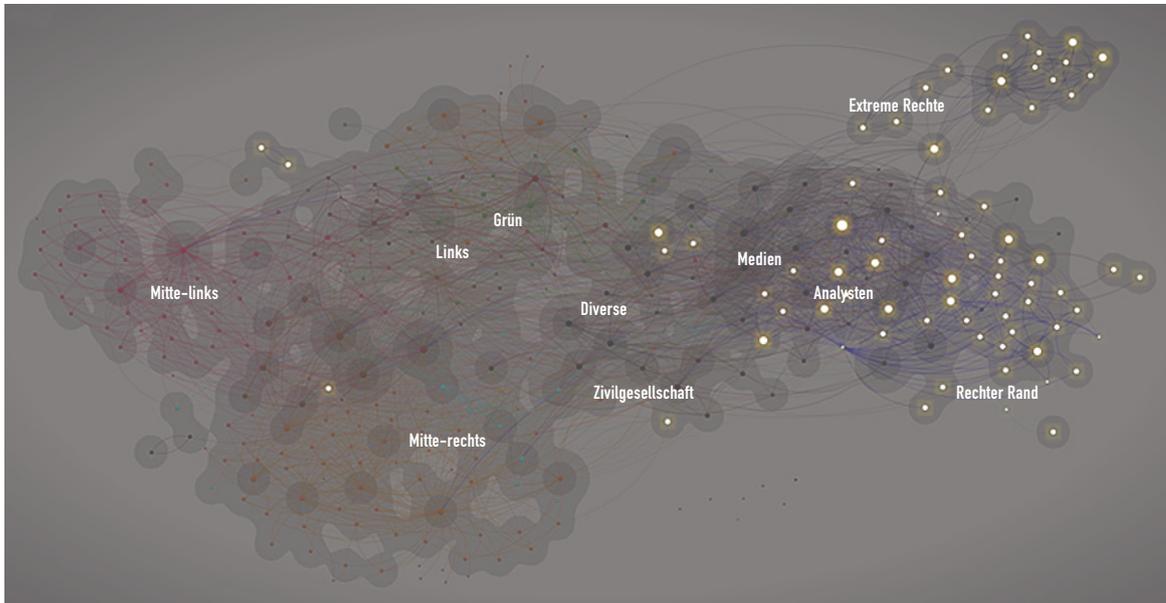
Deutschland – Pro-Europäer dominieren

Deutschland ist zwar das größte Land der Europäischen Union, aber sein politisches Netz ist verhältnismäßig schwach. Nur 349 Internetseiten befassen sich mit europapolitischen Inhalten. Zum Vergleich: Frankreich hat – bei weniger Internetnutzern – insgesamt 573 Seiten. Die Parteien sind in dieser Aufstellung sehr gut vertreten. Das europapolitische Netz organisiert sich im Wesentlichen um Parteiseiten und die ihrer Abgeordneten. Entsprechend stark ist das Netz der Pro-Europäer. Sie betreiben 276 der 349 Seiten, das heißt rund 80 Prozent aller Internetseiten haben eine integrationsfreundliche Ausrichtung. Nur 73 Internetseiten verbreiten in Deutschland integrationsfeindliche Inhalte. Das stärkste integrationskritische Netzwerk hat die *Alternative für Deutschland (AfD)*, das zweitstärkste die *NPD*. Im Gegensatz zur *AfD* ist das Netzwerk der *NPD* allerdings weitgehend isoliert. Es liegt abgeschieden am oberen rechten Rand der Karte. Die *AfD* liegt knapp darunter, ebenfalls am rechten Rand, ist aber nicht völlig abgeschieden. Sie steht in

überraschend enger Verbindung mit den deutschen Online-Medien. Keine andere Partei und auch keine andere Institution erreicht einen derartig hohen Vernetzungsgrad mit den deutschen Medienseiten und liegt ihnen auf unserer Karte so nahe wie die *AfD*. Dabei spielen die Webseiten der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* eine so herausragende Rolle, dass sie unseren Daten nach fester Bestandteil des europakritischen Netzwerks sind. Dass Parteianhänger und Sympathisanten der *AfD* besonders intensiv die Kommentarspalten der Online-Medien nutzen, kann jeder Leser seit Ausbruch der Schuldenkrise beobachten, und dass *faz.net*, die ihre Sonderseiten zur Eurokrise wochenlang mit „Auf dem Weg in die Transferunion“ betitelt hatten, zum natürlichen Publikationsort für rettungspolitik-kritische Professoren und deren Gleichgesinnte wurde, ist auch kein Geheimnis. Wer Google bemüht und „Professoren gegen Euro *faz.net*“ eingibt, kann sich selbst einen Eindruck der Artikeldichte und Stimmungslage machen, die sich von der anderer Leitmedien deutlich unterscheidet. Dass *AfD*-Anhänger und Sympathisanten sich zuerst in den Kommentarspalten der Medien getroffen und organisiert haben, erklärt womöglich auch ihre quasi-Abwesenheit auf Twitter.

Deutschland

73 Internetseiten mit antieuropäischen Inhalten



Quelle: linkfluence

© Bertelsmann Stiftung

Parteichef und Aushängeschild Bernd Lucke hat das Twittern nach der Bundestagswahl gleich ganz eingestellt. Sein letzter Tweet ist vom 23. September 2013. Zu diesem Zeitpunkt folgten ihm 4.314 Leser. Seinen Parteikollegen Frauke Petry, Hans-Olaf Henkel und Beatrix von Storch folgen gerade mal 894, 817 und 589 Interessierte. Das ist nichts im europäischen Vergleich. Die Twitter-Liste der prominentesten deutschen Europa-Kritiker wird von dem ehemaligen *FDP*-Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler angeführt. Ihm folgen 8.051 Leser. Der Italiener Beppe Grillo aber sendet seine Kurznachrichten an 1,44 Millionen Menschen, der Niederländer Geert Wilders an 323.000, die Französin Marine Le Pen an 280.000 und der Brite Nigel Farage an 121.000.

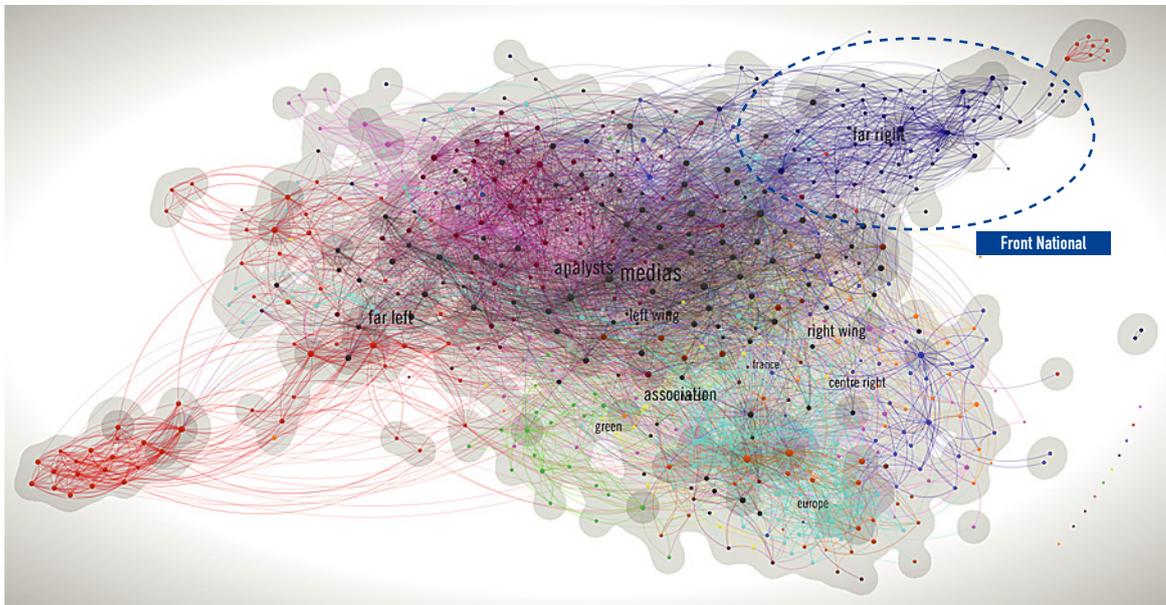
Die *CSU* spielt in der europapolitischen Debatte in Deutschland eine oft verwirrende Sonderrolle, die vor allem für nicht-deutsche Beobachter recht schwierig zu entschlüsseln ist. Auf unserer Karte sind ihre Seiten und die ihrer Vertreter nicht Teil des europa-kritischen Netzwerkes. Das kann überraschen angesichts des Tons der Kommentierung, mit der Markus Söder, Alexander Dobrindt und Peter Gauweiler sich in den vergangenen Jahren in den Nachrichten gehalten

haben. Starke Worte allerdings sind das eine. Das andere sind Parteiprogramm und politisches Handeln. Und dort schlagen diese Zwischenrufe nicht auf eine Art durch, die es uns erlaubt hätte, die *CSU* als antieuropäische Partei zu qualifizieren. Weder fordert sie ein Ende des Euro, noch eine Auflösung der Schengen-Zone oder gar eine Auflösung der EU als Ganzes. Eine Zwitterrolle aber bleibt. Ihre Vertreter haben oft keine Scheu, laut und drastisch aufzutreten und schockieren damit vor allem europäische Beobachter, denen es schwerfällt einzuschätzen, welchen Stellenwert ihre Einlassungen in der deutschen Politik haben.

Die Abwesenheit der Zivilgesellschaft in der deutschen europapolitischen Netzdebatte ist lamentabel. Gerademal 5,4 Prozent der identifizierten Seiten werden von Vereinen, Netzwerken oder anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen betrieben. Rechnet man großzügig die Medienseiten mit ein, kommt man auf 23 Prozent. Das heißt 77 Prozent des deutschen europapolitischen Internets wird von Parteien, Parteivertretern und großen Institutionen dominiert.

Frankreich

573 Internetseiten mit pro- und antieuropäischen Inhalten



Quelle: linkfluence

© Bertelsmann Stiftung

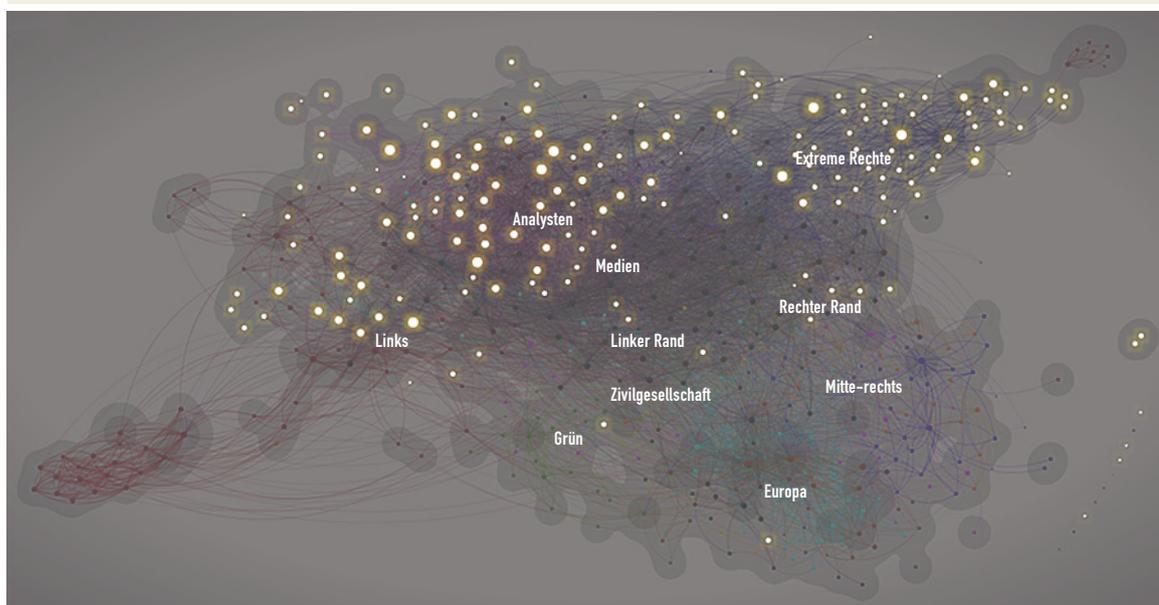
Frankreich – Der FN ist nicht alleine

Die Franzosen sind politisch aktiver im Internet als ihre deutschen Nachbarn. Insgesamt konnten wir 573 Internetseiten identifizieren, die in der europapolitischen Debatte eine Rolle spielen. Es sind aber nicht nur rein quantitativ mehr. Sie sind auch viel intensiver miteinander vernetzt. Während man bei der deutschen Karte einzelne Verbindungen noch leicht erkennen kann, weben die Verknüpfungen der französischen Seiten ein dichtes Netz. Die antieuropäischen Seiten machen 178 aus. Das sind 31 Prozent und sie befinden sich alle am oberen Rand der Karte. Das Netzwerk des *Front National (FN)* ist stark ausgebaut, liegt aber relativ isoliert am oberen rechten Rand. Besser integriert sind die kleinen antieuropäischen Parteien *Mouvement républicain et citoyen (MRC)* und *Debout la République*. Der MRC ist eine links-nationalistische Partei, die dazu aufruft, die Wahlen zum Europäischen Parlament zu boykottieren und die von einem Urgestein der französischen Politik gegründet wurde, Jean-Pierre Chevènement. Chevènement war jahrelang Minister sozialistischer Regierungen, ein Mitstreiter Mitterrands, mit dem zusammen er die *Parti Socialist (PS)* gegründet hat. Er ist bis heute Senator der zweiten

französischen Kammer. Damit ist er ein typischer Vertreter eines französischen Phänomens: abtrünniger Ex-Minister, mittlerweile mit eigener kleiner Partei im Rücken, hohem persönlichen Bekanntheitsgrad und großer Liebe für die „Werte der Republik“, die er oder sie für unvereinbar mit der Europäischen Integration hält. Diese Ablehnung der EU kann sich mit linken oder rechten Positionen mischen. Gemeinsam ist ihnen eine Nostalgie für das Frankreich de Gaulles. Christine Boutin – heute *Force Vie*, früher *Union pour un Mouvement Populaire (UMP)* – gehört dazu, ebenso wie Nicolas Dupont-Aignan – heute *Debout la République*, früher *UMP*. Diese beiden sind sehr aktiv auf Twitter und bedienen eine Anhängerschaft von 63.500 beziehungsweise 58.600 Lesern. Noch tiefer verwurzelt in den Traditionsparteien sind Kritiker wie Laurent Wauquiez und Henri Guaino (beide *UMP*) oder Jean-Luc Mélenchon (*Front de Gauche*). Wauquiez, der Europaminister unter Sarkozy war, hat kürzlich mit einem Buch „Europa: Alles muss sich ändern“ mit den Positionen seiner Partei gebrochen. Er möchte zu einem Europa der sechs Gründungsstaaten zurück, wobei er Luxemburg durch Spanien ersetzen möchte, da Luxemburg „ein Steuerparadies sei“. Wauquiez nimmt aus seiner Zeit

Frankreich

178 Internetseiten mit antieuropäischen Inhalten



Quelle: linkfluence

© Bertelsmann Stiftung

als Minister ein Twitter-Konto mit 130.000 Anhängern mit, ebenso eine gut frequentierte Internetseite. Der Europa-Abgeordnete Jean-Luc Mélenchon wiederum, der bei der vergangenen Präsidentschaftswahl immerhin gut elf Prozent der Wähler von sich überzeugen konnte und der berühmt-berüchtigt ist für seine scharfe, auf Angriff ausgerichtete Sprache, hat dieser Tage im Fernsehsender *France 3* gesagt: „Die Frage ist nicht, ob Frankreich aus dem Euro austreten muss, sondern wann und wie das passieren wird.“ 202.000 Franzosen lesen Jean-Luc Mélenchons Nachrichten auf Twitter, er ist ein häufiger Gast in allen Medien, sich auf ihn zu beziehen hat nichts Anrüchiges. Letztlich reißen auch in diesem Europa-Wahlkampf die alten Gräben auf, die Frankreich schon im Verfassungsreferendum und auch im Maastricht-Referendum spalteten. Dabei ging der Riss durch alle großen Parteien. In diesem Wahlkampf ist es bisher einzig um die *Parti Socialist* ruhig geblieben.

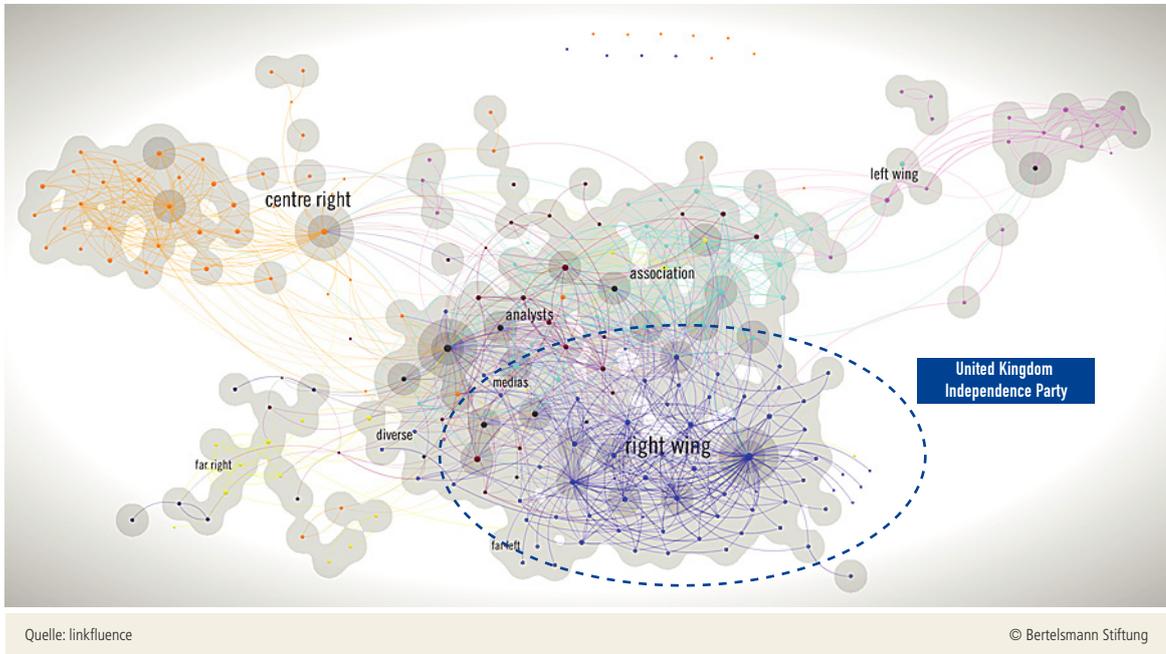
Laurent Wauquiez und Jean-Luc Mélenchon sind auf unserer Karte noch nicht Teil des antieuropäischen Netzwerkes. Sie haben erst kürzlich ihre Positionen gewechselt und es ist noch nicht klar, ob sie dem Wahlkampffieber erlegen sind, oder ob sie sich auch zur Tat schreiten (würden).

Der Erfolg der Marine Le Pen ist also das eine. Ihr Netzwerk, das als gefährlich wahrgenommen wird, bleibt allerdings isoliert. Es ist ihr noch nicht gelungen, das Maß an Misstrauen und Ablehnung zu überwinden, das ihr Vater aufgebaut hat. Sich mit Marine Le Pen und dem *FN* gemein zu machen, bleibt ein systemisches Risiko. Geringer ist das Risiko, wenn man sich auf Chevènement, auf Boutin oder auf Dupont-Aignan bezieht, und gar kein Risiko scheint in Zusammenhang mit Wauquiez und Mélenchon zu bestehen.

Im Unterschied zu anderen Ländern ist in Frankreich eine antieuropäische Haltung kein Alleinstellungsmerkmal einer Person oder einer Partei. Zwar sind die großen Parteien in Frankreich in ihrer großen Mehrheit proeuropäisch. Das zeigen auch unsere Karten: 67 Prozent aller Seiten sind integrationsfreundlich und sie befinden sich auch im Zentrum der Karte, prägen also entscheidend die öffentliche Debatte. Nichtsdestoweniger gibt es nicht wenige Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen politischen Richtungen kommend sehr prominent europaskeptische Positionen vertreten.

Großbritannien

235 Internetseiten mit antieuropäischen Inhalten



Großbritannien – UKIP dominiert

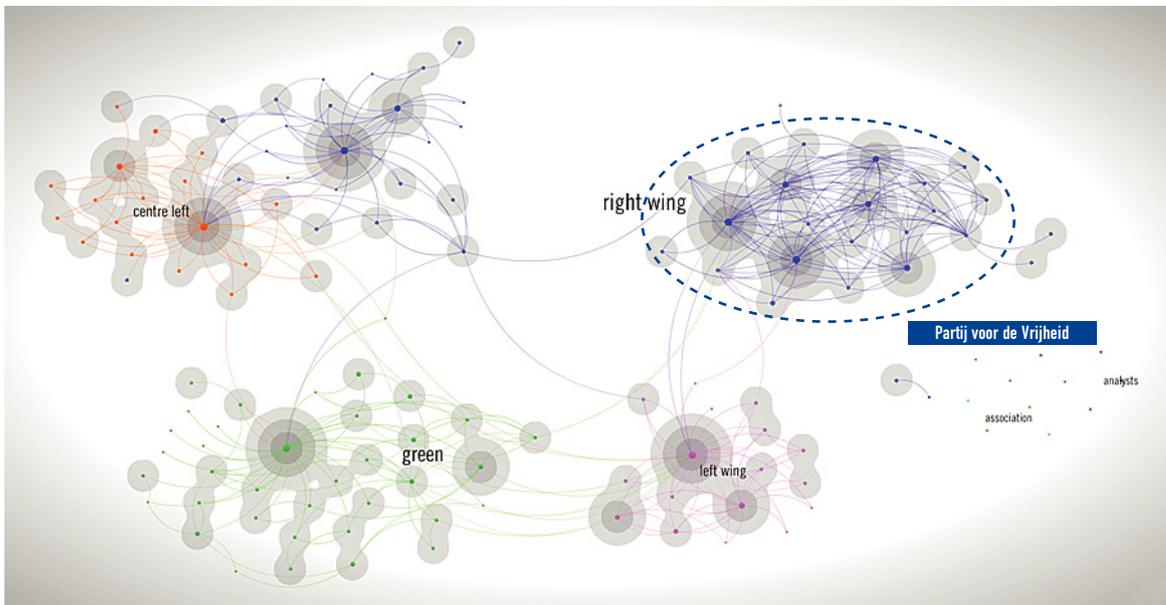
In England haben wir nur das Netz der Europakritiker gescannt. Zweierlei fällt dabei besonders auf. Großbritannien ist das einzige Land, in dem eine Traditionspartei offen antieuropäisch auftritt. Die konservativen Tories sind aber weder zentral noch Meinungsführer der Netzdebatte. Ihr Netzwerk hängt isoliert am oberen linken Rand der Karte. Allein *conservatives.com* hält noch Verbindung zur Mitte. Wirklicher Anführer der antieuropäischen Debatte in Großbritannien ist die *United Kingdom Independence Party (UKIP)*. Sie ist in unserer Untersuchung die einzige integrationsfeindliche Partei, die es geschafft hat, ein fester Teil des Mainstreams zu werden. Nicht nur sind sie Zentrum der britischen Diskussion, sie führen sie auch an. Wer im britischen Internet nach Information oder Meinung zur Europäischen Integration sucht, kommt um *UKIP* nicht herum. Dabei können sie sich auf das eigene Netzwerk stützen, das das größte ist und das am besten verknüpfte. Sie sind aber auch mit allen anderen relevanten Akteuren verbunden. Während die anderen antieuropäischen Parteien der untersuchten Länder zumeist keine Kontakte mit der

politischen Konkurrenz pflegen, hat *UKIP* zumindest zarte Verbindungen. Sowohl zu den Tories als auch zu den Rechtsextremen der *British National Party* oder der *English Democrats*. Sie stehen sogar in Kontakt mit linken antieuropäischen Parteien wie den Sozialisten oder den Kommunisten. Viel schwerer wiegen allerdings ihre engen Verbindungen zu den Medien, Analysten, Vereinen und Verbänden. Das heißt, dass ein aktiver Teil der Zivilgesellschaft das Gedankengut der *UKIP* teilt und auch im Internet offen verbreitet. Es ist diese Vernetzung, die ihre zentrale Stellung ausmacht und der wesentliche Unterschied zu den anderen Ländern ist. Im Vergleich dazu: Marine Le Pen vertritt prominent ihre antieuropäischen Positionen. Und auch ihre Partei spielt eine wichtige Rolle. Aber sie ist nicht die einzige und schon gar nicht die zentrale Referenz in Frankreich. Nigel Farage und seine *UKIP* sind auch nicht die einzigen, aber sie sind die zentralen Figuren unter den britischen Europa-Gegner.

Insgesamt konnten wir 235 integrationsfeindliche Internetseiten im englischen Netz identifizieren. Das sind rund 25 Prozent mehr als in Frankreich und fast 70 Prozent mehr als in

Niederlande

134 Internetseiten mit antieuropäischen Inhalten



Quelle: linkfluence

© Bertelsmann Stiftung

Deutschland. Von den 235 Internetseiten sind 173 Partei-Seiten und 62 Seiten der Medien und Zivilgesellschaft, darunter Seiten wie die von *eureferendum.com*, *freenations.freeuk.com* oder *openeurope.org.uk*. Wenig überraschend sind auch die Seiten des *Telegraph* und der *Sun* Teil des antieuropäischen Netzwerkes der Insel.

Niederlande – Zivilgesellschaft abwesend

In den Niederlanden haben wir nur das Netz der Anti-Europäer recherchiert. Auf den ersten Blick fällt auf, wie zersplittert die niederländischen Europa-Kritiker sind. Sie drängen sich an den Rändern der Karte. Die Mitte bleibt frei. Von den 134 identifizierten Webseiten sind über 90 Prozent Parteien zuzuordnen. Seiten der klassischen Medien, Blogs, Foren, Vereine oder andere Initiativen der Zivilgesellschaft fehlen fast völlig. Die *Partij voor de Vrijheid (PVV)* erkennt man am rechten oberen Rand der Karte. Sie hat das stärkste Netzwerk, ist aber ansonsten sehr isoliert. Wie bei einer Ein-Mann-Partei nicht anders zu erwarten, organisiert sich das Netzwerk um die Seiten der Freiheitspartei selbst und persönliche Seiten von Geert Wilders, ihrem Gründer,

Chef und einzig wirklichem Vertreter. 323.000 Leser hat Geert Wilders auf Twitter. Das sind immerhin rund zwei Prozent aller Niederländer, zu denen er einen direkten Kanal hat.

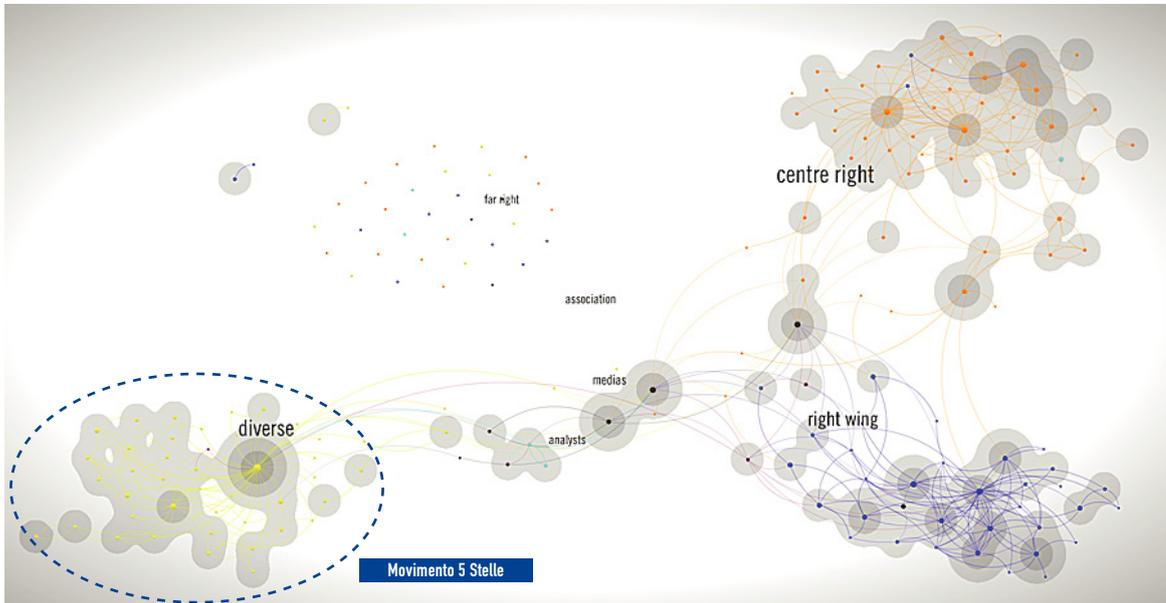
Auffällig ist, wie viele Parteien in den Niederlanden antieuropäische Positionen vertreten. Es sind meist kleine Parteien, die nur wenige Sitze im Parlament erringen können. Aber sie kommen aus allen politischen Richtungen. Am linken Rand die sozialistische *SP* und die grünen *GroenLinks*. Am rechten Rand die konservativen *ChristenUnie* und die *SGP*. Diese beiden Parteien stehen sich auf der Karte insgesamt sehr nahe. Sie pflegen starke Verbindungen und sind auch dem Zentrum der Karte am nächsten. Besetzen es aber nicht.

Italien – Gegen Rom, Berlin, Brüssel

Auch für Italien haben wir nur die Populisten bestimmt, die gegen die europäische Integration kämpfen. Dabei haben wir drei Akteure identifiziert: Die Alteingesessenen, die Opportunisten und die Aufsteiger. Zunächst die Alteingesessenen: *Legha Nord* hat ein solides Netzwerk aus Partei- und Partei-nahen Seiten. Es

Italien

184 Internetseiten mit antieuropäischen Inhalten



Quelle: linkfluence

© Bertelsmann Stiftung

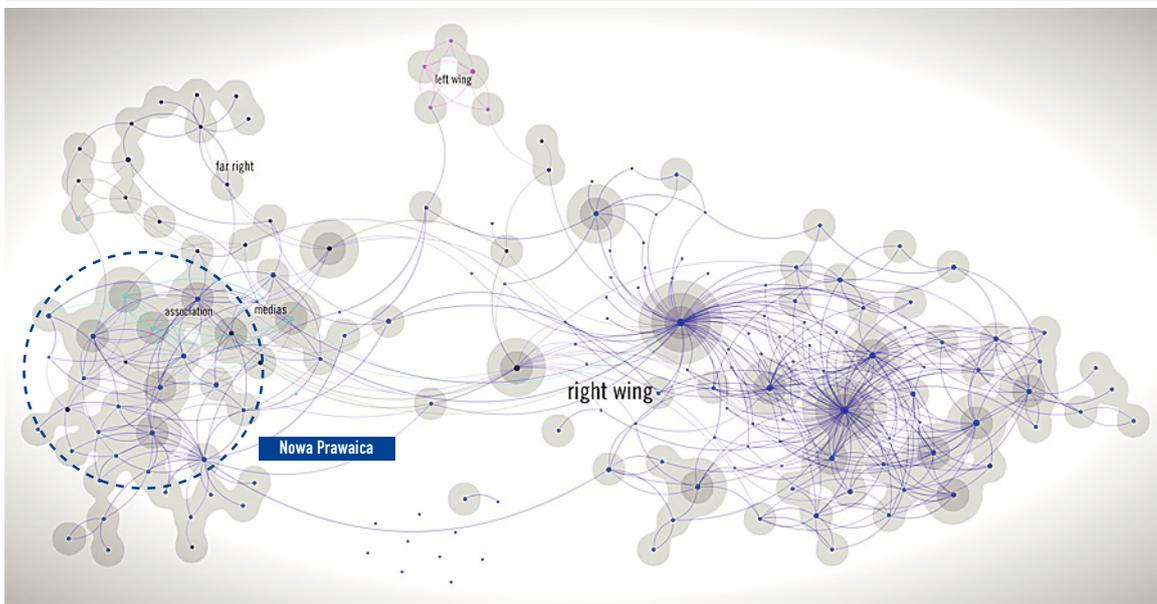
liegt am unteren rechten Rand der Karte mit einigen wenigen Verbindungen zu gleichgesinnten Medien und zu *Fratelli d'Italia* einer sehr kleinen national-konservativen Partei mit antieuropäischen Aspirationen aber ohne Momentum im Netz. Allein auf Twitter sind sie sehr aktiv: Giorgia Meloni hat 130.000 Anhänger, ihr Parteikollege Gianni Alemanno kommt auf 65.800. Beide waren Minister in einer der Regierungen Berlusconi. Sie teilen viele Ideen mit *Lega Nord*, aber auch deren großer Moment scheint vorbei zu sein. Nachdem sie in den Berlusconi Jahren einige für ihre Verhältnisse sehr gute Wahlergebnisse einfahren konnten, haben sie sich nun auf einem niedrigen Niveau stabilisiert. Sie gelten als Partei der schlichten Parolen für einfache Gemüter. Migrationsfeindlich, integrationsfeindlich: *Lega Nord* ist eine rechtspopulistische Partei alten Gusses. Über ihnen – am oberen rechten Rand – sitzen die Opportunisten. *Forza Italia*, Silvio Berlusconi Partei, hat, seit sie die Mehrheit und ihren Chef und Gründungsvater verloren haben, antieuropäische Stimmungsmache für sich entdeckt. Obwohl *Forza Italia* jahrelang in Regierungsverantwortung war, ist ihr Netzwerk erstaunlich isoliert. Zwar sind

die *FI* Politikerinnen Lara Comi und Deborah Bergamini recht gut auf Twitter platziert mit 19.900 und 10.900 Anhängern, aber vor allem im Verhältnis zu den Aufsteigern ist *Forza Italia* kein ernstzunehmender Faktor im Internet.

Der Aufsteiger ist Beppe Grillo und die von ihm gegründete *Movimento 5 Stelle (M5S)*. Sie haben ein sehr dichtes Netzwerk seit ihrer Gründung ausgebaut. Es organisiert sich um die Parteiseite und die persönliche Seite Beppe Grillos. Ähnlich wie bei der niederländischen Partei der Freiheit ist Grillo die zentrale Figur, um nicht zu sagen übermächtig in dieser jungen Protestbewegung. Grillos Verwandlung vom Komiker zum Politiker begann mit seinem Engagement gegen Korruption und wuchs rasant zur heißen Phase der Eurokrise. Durch Soziale Netzwerke, vor allem Twitter, fing er an seine Anhänger um sich zu scharren. Grillo ist der ungekrönte König der Netzpopulisten mit 1,44 Millionen Lesern auf Twitter. Er verbreitet eine radikale Systemkritik. Wogegen er ist, ist sehr klar: Rom, Berlin und Brüssel. Wofür er ist, bleibt allerdings umso ungenauer. Ökologie, Transparenz, direkte Demokratie sind Schlagworte, die immer

Polen

174 Internetseiten mit antieuropäischen Inhalten



Quelle: linkfluence

© Bertelsmann Stiftung

wieder fallen. Beobachter attestieren ihm ein „sektierhaftes Verhalten“. „Wir sind jung“, heißt es in seinem Blog. „Wir haben keine Struktur, Hierarchie, Führer oder Sekretäre. Wir nehmen von niemandem Befehle an.“ Gleichzeitig hat Grillo seinen Abgeordneten einen strengen Verhaltenskodex auferlegt und erwartete bedingungslose Gefolgschaft. So ist es ihnen verboten, mit Journalisten zu sprechen, besonders in Talk Shows aufzutreten. Wer sich nicht fügt, wird ausgeschlossen. Grillo selbst hat bisher für kein öffentliches Amt kandidiert. Seine Partei wurde aber in den italienischen Parlamentswahlen im Februar 2013 zweitstärkste Kraft und besetzt 109 der 630 Sitze der ersten Kammer. Grillo pflegt eine drastische Sprache und die bringt er im Wesentlichen übers Internet unter die Leute. Die Web-Seiten der Bewegung, Blogs wie grillivenezia.org/wordpress, Twitter und ein Youtube-Kanal helfen dabei, den Fragen der Journalisten auszuweichen. 100.137 Menschen haben den Kanal abonniert und beziehen regelmäßig die Botschaften der *M5S*. Die Abschottung der *M5S* Vertreter liest sich an unserer Karte ab. Sie bilden am unteren linken Rand ihr eigenes Universum ohne Verbindungen zum „System“.

Polen – UKIP als Vorbild

Alle antieuropäischen Parteien Polens kommen aus dem rechten politischen Spektrum. Das größte Netzwerk hat die Partei *Recht und Gerechtigkeit (PiS)*, die in den 2000er Jahren mit den Zwillingen Kaczyński an ihrer Spitze alle Machtpositionen im Land inne hatte. Entsprechend prominent liegt ihr Netz mittig rechts auf unserer Populisten-Karte. Knapp darüber liegt das winzige Netz der *Solidarna Polska*, des Jacek Kurski, der einmal als Wunderkind der *PiS* galt, dann in Ungnade fiel und sich selbstständig machte. Seitdem kann er aber weder bei Wahlen noch im Internet an frühere Erfolge anknüpfen. Mittig darüber sitzt die einzige Partei, die zum linken Parteien-Spektrum gehört. *Samoobrona* ist aber nach dem Tod ihres Gründers zusammengebrochen und besteht nur noch strukturell, nicht aber im Ansehen des Wählers. Das aktivste Netzwerk liegt am linken unteren Rand der Karte, ohne dass man deshalb Rückschlüsse auf linke Gesinnung ziehen sollte. *Nowa Prawaica*, übersetzt *Kongress der neuen Rechten (KNR)*, ist die Überraschung dieses EP-Wahlkampfes. Der Kongress der neuen Rechten entstand 2011 aus dem Zusammenschluss zweier kleinerer Parteien um

Janusz Korwin-Mikke. Sie gilt als Sammelbewegung von Monarchisten, Libertären und Konservativen. Janusz Kowin-Mikke ist kein Unbekannter in der polnischen Politik. Bisher lagen aber die Wahlergebnisse, der von ihm angeführten Parteien, allerdings immer unter der fünf Prozent Hürde. Nie konnte er ein Mandat erringen. Dieses Mal aber sagen ihm die Prognosen sieben Prozent der Stimmen voraus und Kowin-Mikke kann eine Gefolgschaft von 22.900 Polen auf Twitter nachweisen. Das Wahlprogramm verspricht: „Wir sind die einzige Partei, die sich konsequent und kompromisslos gegen die EU ausspricht. Wir kämpfen für einen Abbau der EU bis zu einer Freihandelszone.“ Ihre Arbeit im EP soll sich laut Programm an der britischen *UKIP* orientieren.

Das Netzwerk des *KNR* ist nicht riesig, aber es entwickelt sich schnell und ist auch über Parteigrenzen gut verknüpft. Besonders enge Verbindungen bestehen zu *Ruch Narodowy*, einer rechts-extremen Partei, deren Ideologie sich um die Begriffe Nation, Tradition, Familie, Souveränität und Abgrenzung drehen.

Die Abgrenzung geht aber nicht soweit, dass sie die Abschaffung des Schengen-Raums fordern würden. Keine der antieuropäischen Parteien Polens wettet gegen Schengen. Das ist eine polnische Besonderheit, von der auch die große „Recht und Gerechtigkeit“ keine Ausnahme bildet. Sie liegt zurzeit in den Umfragen knapp vor der Bürgerplattform von Premierminister Tusk. Das war schon oft so in den letzten Jahren. Aber bisher konnte sich Tusks Partei schließlich doch wieder als stärkste Kraft durchsetzen. Langsam wächst der Druck auf Jarosław Kaczyński. Er braucht mal wieder einen Erfolg. Es gibt schon Gerüchte über Machtgerangel hinter den Kulissen der *PiS*.

Fragmentiert und isoliert

Fragmentiert und isoliert sind die Anti-Europäer im europäischen Netz. Die sprachlichen und ideologischen Gräber scheinen größer zu sein als das gemeinsame Feindbild. Trotz aller Ankündigungen und Reisen der Chefs in den vergangenen Monaten haben wir keiner-

lei Verbindung oder gemeinsame Aktivität im Netz nachweisen können. Die Bühne, die die *Le Pens*, *Wilders*, *Farages* und *Grillos* des Kontinents suchen, ist die nationale. Das deckt sich mit den Ergebnissen der Untersuchung von Nathalie Brack und Olivier Costa „The Role(s) of the Eurosceptic MEPs“, die sich mit der politischen Arbeit euroskeptischer Abgeordneter im Europäischen Parlament beschäftigt haben und die nachweisen konnten, dass sie im Wesentlichen durch Abwesenheit und politische Inaktivität glänzen. Die Europäische Union ist für sie nur Mittel zum Zweck mit dem Ziel, politische Macht in den Nationalstaaten zu erringen. Solange sie keine Mandate in nationalen Institutionen gewinnen können, bedienen sie sich des Europäischen Parlaments und nutzen die Sichtbarkeit und Macht, die Funktion und Struktur ihnen verschafft, in ihrem Sinne, nicht im Sinne des Wählers. Nigel Farage weist mit beißendem britischen Humor häufig genug auf diesen Treppenwitz des europäischen politischen Systems hin. Verschlossen genug, um als intransparent und undemokratisch verschrien werden zu können, aber offen genug, dass es diejenigen ausnutzen können, die es abschaffen wollen.

Welches also sind die Vehikel, mit denen die antieuropäischen Populisten ihre Ansichten in die Gesellschaften tragen? Mehrere Muster scheinen sich herauszubilden. Marine Le Pen beispielsweise schafft es, die integrationsfeindlichen Ansichten tief in die französische Öffentlichkeit hineinzutragen, bleibt aber systemisch isoliert. Auch andere ventilieren ähnliche Botschaften, würden sich aber nie auf sie oder ihre Partei beziehen. Man könnte Marine Le Pen als versteckte Meinungsmacherin bezeichnen. Die Welle, die sie vor sich herschiebt, treibt hoch, wird immer wieder von anderen gebrochen. Der Brite Nigel Farage reitet seine Welle selbst. Kein anderer antieuropäischer Populist hat es geschafft, ein so dichtes Netzwerk zu knüpfen wie er. Und kein anderes Land hat eine so aktive antieuropäische Netzgemeinschaft wie Großbritannien. Für diese zivile Netzgemeinschaft sind Nigel Farage und *UKIP* die Referenz. Auch große Leitmedien haben keine Scheu, sich auf ihn zu beziehen. Sie machen aus ihm den zentralen Repräsentanten des antieuropäischen Ressentiments. In Deutschland ist

der große Block der pro-europäischen Parteien und Institutionen zentral. Die Netzwerke der Populisten sind schwach und isoliert. Alleine die *AfD* schafft es sich an die deutschen Online-Medien anzudocken. Sie wirken als Verstärker einer Haltung, die sonst wenig Widerhall findet. Die niederländische *Partei der Freiheit* und die *5 Sterne Bewegung* in Italien funktionieren über Personenkult. Ihre Netze mögen für sich stark sein, sind aber isoliert. Was aus ihnen ohne Wilders und Grillo würde, ist nicht absehbar. Ob die polnische Wahlkampfüberraschung mehr als ein Strohfeuer ist, bleibt abzuwarten. Ihre engen Verbindungen zum rechtsextremen Milieu lassen allerdings nichts Gutes ahnen. Weitere Radikalisierung ist nicht ausgeschlossen.

Die wichtigste Aufgabe der Pro-Europäer ist die Stärkung ihrer Zivilgesellschaft im Netz. Es mangelt weder an Ideen noch an Initiativen. Gerade vor der Wahl entstehen geradezu täglich neue Webseiten – Spiele, Reisen, Tagebücher, Monitore, Filme – zum Anschauen, Mitmachen,

Weiterleiten. Es sind meistens junge Europäer, die sich für Europa engagieren wollen, die ihre Computer hochfahren und loslegen. Aber sie gehen in der Masse unter. Was ihnen fehlt, ist nicht unbedingt Geld. Sie brauchen Anerkennung durch Vernetzung. Jede große staatliche Institution (national oder europäisch) und jede Partei sollte eine Emailadresse einrichten, über die Projekte und andere Initiativen der Zivilgesellschaft um Vernetzung bitten können. Ein Vertreter der Presseabteilung sollte dafür zuständig sein, die Anfragen zu prüfen und Links zu setzen. Dabei ist es wichtig, dass großzügig und unbürokratisch entschieden wird. Es ist üblich, über einen rechtlichen Hinweis, alle Verantwortung für den Inhalt der verknüpften Seiten von sich zu weisen. Wie man mit den rechtlichen Risiken einer solchen Vernetzung umgeht, ist also längst geklärt. Mit wenig Aufwand, Kosten und Risiko können die großen Institutionen ihren engagierten Europäern helfen, sichtbar zu werden und sich gegen das Netz der Populisten durchzusetzen. ■

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl Bertelsmann Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Isabell Hoffmann
isabell.hoffmann@bertelsmann-stiftung.de
Telefon +49 5241 81 81313

Joachim Fritz-Vannahme
joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de
Telefon +49 5241 81 81421

Zuletzt erschienen:

spotlight europe # 2014/01
Nordafrika zwischen Krise und Konsens
Christian-P. Hanelt

spotlight europe # 2013/05
Talente fair fördern!
Christal Morehouse & Matthias Busse

spotlight europe # 2013/04
Nordafrika im Wandel –
Chancen mit und für Europa
Christian-P. Hanelt & Sven Behrendt

Alle Ausgaben des „spotlight europe“
stehen im Internet als Download bereit:
www.bertelsmann-stiftung.de/europawahl